

## Klimastreik von „Fridays for Future“

In Berlin startet Aktion vor Brandenburger Tor

**Berlin.** Die Klimaschutzbewegung „Fridays for Future“ hat für Freitag in zahlreichen Städten zum Klimastreik aufgerufen. Er soll der Höhepunkt der Mobilisierung zu den Europawahlen am 9. Juni sein, teilte „Fridays for Future“ mit. In Berlin startet die Aktion für sozial und global gerechten Klimaschutz am Mittag vor dem Brandenburger Tor.

Zur Begründung hieß es, die Auswirkungen der Wahl seien massiv. Sie bestimmten maßgeblich mit, welche Regelungen die EU innerhalb der nächsten fünf Jahre verabschiede und wohin Gelder fließen. „Deshalb ist es entscheidend, dass wir uns jetzt stark machen für Klima und Demokratie“, erklärte Maya Winkler, Sprecherin von „Fridays for Future“ Berlin.

Die Klimakrise stelle eine existenzielle Bedrohung dar. In Europa seien ihre Auswirkungen schon jetzt zu spüren, kein Kontinent erhitze sich schneller, hieß es weiter. Waldbrände und Überschwemmungen gehörten seit Jahren zur traurigen Tagesordnung. Die Politik verlasse sich aber auf Scheinlösungen oder blockiere wichtige Veränderungen. Frieda Egeling, Sprecherin von „Fridays for Future“, erklärte, die EU müsse jetzt handeln.

## Gaza-Posts: Druck auf Rauch wächst

**Berlin.** Der Präsident des Zentralrats der Juden, Josef Schuster, hat die Reaktion der TU-Präsidentin Geraldine Rauch nach dem Liken umstrittener Posts zum Gaza-Krieg kritisiert. Rauchs Entschuldigung sei „nicht glaubwürdig“, teilte Schuster gestern mit. „Ein Bild sagt mehr als tausend Worte, in diesem Fall übrigens gerade einmal ein Satz. Konnte Frau Prof. Rauch dieses unzweifelhaft antisemitische Bild wirklich übersehen?“ Das Bild zeigte Ministerpräsident Benjamin Netanjahu mit aufgemaltem Hakenkreuz. Die Zustände an der TU seien der Integrität einer Universitätsleitung unwürdig, so Schuster.

Rauch hatte argumentiert, sie habe einen Tweet wegen seines Textes geliked und das darunter gepostete Bild zu dem Zeitpunkt nicht genauer betrachtet.

Berlins Wissenschaftssenatorin Ina Czyborra (SPD) sieht begrüßt die Bitte um Entschuldigung, sieht aber weiteren Handlungsbedarf der TU. Auch Berlins Kultursenator Joe Chialo (CDU) hat Konsequenzen für das Liken gefordert: „Es kann nicht an dem Punkt enden, wo man das mit einer sehr lapidaren Erklärung von sich weist.“



Abschlag im Golf- und Countryclub Seddiner See.

FOTO/ARCHIV: BERND GARTENSCHLÄGER

# Brandenburgs Golfplätze: „Wasserverbrauch muss runter“

Auf den Greens in der Mark brüten bedrohte Vogelarten wie Steinkauz und Mehlschwalbe – Verband will Artenvielfalt und Schonung von Ressourcen

Von Mathias Richter

**Potsdam.** Eines ist für Thomas Himmel klar: „Der Wasserverbrauch muss runter“, sagt der Golfplatzentwickler aus dem bayerischen Gauting. Und Roderich Wegener-Wenzel, der Geschäftsführer des Golfverbandes Berlin-Brandenburg, pflichtet ihm bei: „Das Thema muss auf die Tagesordnung.“

Der Sportverband mit 27 Mitgliedsvereinen in der Region hat sich vorgenommen, sein Image zu verbessern. Er will wegkommen von dem Klischee, Golf sei nur etwas für die Reichen und Schönen. Aber vor allem von dem schlechten Ruf, den die Sportart in Sachen Umweltschutz genießt.

Dass Golf längst kein elitärer Sport mehr ist, zeigt sich schon allein daran, dass in der Region rund 25.000 Leute regelmäßig mit Trolley und Schläger von Loch zu Loch über die Grasflächen ziehen. Aber ist Golf als Massensport für die Umwelt zu verkräften? Je mehr Anlagen entstehen, um so mehr Wasser benötigen sie, damit die sorglich getrimmten Rasenflächen auch schön grün bleiben. Vor allem in Brandenburg ist das ein Problem. Denn die Grundwasserstände sinken. Die Böden trocknen in der heißen Jahreszeit mächtig aus. Wasser wird zu einem knappen Gut. Drastisches Beispiel: der Seddiner See (Pots-

dam-Mittelmark). Dessen Wasserpegel sinkt seit Jahren – eine Folge des Klimawandels. Dass der Golfplatz nebenan sich auch noch des Seewassers bedient, um seinen Rasen zu sprengen, geht eigentlich gar nicht.

Für Thomas Himmel, der europaweit Golfplätze baut, ist die Anlage am Seddiner See deshalb eine besondere Herausforderung. Sein Lösungsvorschlag: ein Wasserspeicher, durch den die Bewässerung des Golfplatzes vom See abgekoppelt wird.

Der Golfplatz am Seddiner See ist allerdings ein besonders schwieriger Fall. Doch grundsätzlich hält Himmel es für möglich, den Wasserverbrauch der 15 Anlagen in Brandenburg in den Griff zu bekommen. Ein ordentliches Wassermanage-

### Biodiversität auf dem Golfplatz

**Zum Golfverband** Berlin-Brandenburg gehören 15 Golfplätze im Land. Die Golfanlagen in Brandenburg haben nach Verbandsangaben eine Gesamtfläche von 1871 Hektar.

**974 Hektar** davon bleiben vom Spielbetrieb unberührt und können für Biodiversitätsmaßnahmen genutzt werden.

ment, wie etwa der häufigere Einsatz von Brauchwasser und vor allem Strategien zum Wassersparen seien gefragt. Also kürzer beregnen und nur bestimmte Flächen. Und dann gebe es ja immerhin noch die Möglichkeit, andere Grasarten zu pflanzen, die Trockenheit besser abkönnen.

Das sei angesichts der Wasserpreise schon aus Kostengründen heutzutage unerlässlich, sagt Verbandsgeschäftsführer Wegener-Wenzel und verweist darauf, dass Golfplätze ohnehin mehr seien als die bespielte Fläche. Von den 1817 Hektar, die zu Brandenburgs Golfplätzen gehören, würden im Grunde nur 46 Prozent zum Golfen benötigt. Und nur drei Prozent der Gesamtfläche würden dafür intensiv bewirtschaftet. „Rund 1000 Hektar werden für Biodiversitätsmaßnahmen genutzt“, so Wegener-Wenzel.

Und dort verstehen sich die Golfspieler offenbar als pure Naturschützer. Denn auf den Flächen, auf denen keine Golfbälle fliegen, befinden sich häufig Wälder, regionaltypische Streuobstwiesen, langgestreckte Hecken oder breit angelegte Blühstreifen. Dadurch entstünden Biotop, in denen sich die Tier- und Pflanzenwelt nahezu ungestört entfalten könne.

So sei etwa beim Potsdamer Golfclub ein Brutplatz für Weißstörche

entstanden. Um die Anlage am Wannsee schwebten ab Einbruch der Dunkelheit seit rund zehn Jahren gleich mehrere Fledermausarten. Und beim Seddiner Klub habe sich sogar ein Steinkauz-Paar niedergelassen. Darauf ist man beim Golfverband besonders stolz. Denn die Eulenart steht auf der Roten Liste der gefährdeten Vögel. Ebenso übrigens wie die Mehlschwalbe, die auf dem Golfplatz in Gatow brüten.

Den Golfern der Region ist viel daran gelegen, ihr Image zu verbessern. Deshalb arbeitet der Verband auch mit dem Naturschutzbund Deutschland (Nabu) zusammen. „Unser Ziel ist es, eine grüne Infrastruktur und Klimaanpassungsstrategien in die Golf-Welt zu integrieren“, sagt Verbandspräsidentin Ariane Fränkle.

Beim Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) sieht man die Bemühungen der Golfer jedenfalls mit Wohlwollen. Selbst beim Wasserverbrauch zeigt sich Axel Kruschat, der Geschäftsführer des Landesverbandes Brandenburg, milde. „Unser eigentliches Problem ist die Braunkohle“, sagt er. Durch den Tagebau würden jährlich 55 Millionen Kubikmeter Wasser verbraucht. Das sei immerhin die Menge von 35 Tesla-Werken. Da seien die Golfplätze ein vergleichsweise geringes Problem.

## Jagd auf Nutria und Bisam möglich

Koalition findet Lösung im internen Streit um Jagdverordnung

Von Igor Göldner

**Potsdam.** Der Konflikt um die umstrittene Jagdverordnung von Grünen-Agrarminister Axel Vogel schwelte lange, war überschattet von einer Rücktrittsforderung und scheint jetzt vorerst beigelegt. Entzündet hatte sich der Streit um den Abschuss der beiden Riesennager Nutria und Biber, die zunehmend die Hochwasserdeiche untergraben.

Die Kompromisslösung sieht vor, dass ein klärendes Rundschreiben der sogenannten Durchführungsverordnung zum Jagdgesetz beigefügt wird. Darin wird klargestellt, dass die Jagd auf Bisam und Nutria weiter erlaubt ist. Ursprünglich sollte die Jagd nur durch Verbänden zur Gewässerunterhaltung erfolgen, was die Jäger auf die Palme brachte.

Die Verordnung, die zum 1. Juni in Kraft tritt, wird damit nicht mehr geändert, wie es eigentlich Grünen-Minister Vogel wollte. Die CDU hatte den Stopp der Verordnung gefordert und Ministerpräsident Dietmar Woidke (SPD) zum Einschreiten aufgefordert. Der Landesjagdverband hatte derweil den Rücktritt von Minister Vogel verlangt. Naturschutzverbände befürworteten dagegen die neue Jagdverordnung.

### Schonzeit für Rehböcke und Hirsche umstritten

Strittig in der Verordnung ist indes weiter die Schonzeit für Rehböcke und Hirsche im Sommer. Diese Regelung bleibt erhalten. Aus Sicht der CDU richten die Tiere in der Landwirtschaft viel Schaden an.

Auch die Jäger hatten gefordert, diese Regelung zu streichen. CDU-Fraktionschef Jan Redmann begrüßte dennoch den Kompromiss. „Der Protest hat sich ausgezahlt“, sagte er. Nutria und Bisam würden auch zukünftig zum Schutz der Deiche in Brandenburg weiter bejagt werden können.

Auch Innenminister Michael Stübgen (CDU) war in den Streit involviert, weil er für das Waffenrecht zuständig ist. Er begrüßte die gefundene Lösung. Mit der jetzigen Regelung sei nicht nur den Jägern geholfen, sondern auch der Natur im Land, so Stübgen.

Laut Innenministerium ist geplant, dass nach dem Waffengesetz eine naturschutzrechtliche Ausnahme oder Befreiung für den Abschuss von Nutria und Bisam erteilt wird. Nutria und Bisam unterliegen ab 1. Juni wieder direkt dem Tierschutzrecht, da es sich um Wirbeltiere handelt. Außerdem findet das Naturschutzrecht Anwendung.

## „Mit der Hamas kann es keinen Frieden geben“

Israels Botschafter Ron Prosor wird an der Uni Potsdam mit Protesten empfangen. Am Ende erntet er Applaus

Von Rüdiger Braun

**Potsdam.** Ein Hotspot israelkritischer Proteste war die Universität Potsdam bisher nicht. Die letzte Aktion der Gruppe „Stand UP for Palestine“, zu der sich höchstens acht junge Menschen zählen, liegt schon über einen Monat zurück. Gleichwohl wurde der Besuch von Israels Botschafter Ron Prosor an der Universität Potsdam am Mittwochabend von Protesten begleitet.

Etwas 30 Demonstranten mit Palästina-Fähnchen skandierten auf dem Campus am Neuen Palais „Gaza, Gaza, Gaza!“. Auf Flugblättern stand „Stop Gaza Genozide“. Eine Sprecherin bedauerte, dass die Universität immer noch Beziehungen zu Israel pflege.

Der Auftritt Prosors fand in unruhigen Zeiten statt. Vor wenigen Tagen sollen durch einen Luftangriff

der israelischen Armee auf ein Zeltlager für Geflüchtete mindestens 45 Menschen zu Tode gekommen sein. Entsprechend groß waren Polizeischutz und Sicherheitsvorkehrungen in Potsdam.

Die Deutsch-Israelische Gesellschaft und Sönke Neitzel, Professor für Militär- und Kulturgeschichte, hatten es aber nicht zuletzt wegen der zum Teil antisemitisch aufgeladenen Proteste an anderen Hochschulen für nötig gehalten, dass über den Konflikt und über die Zukunft der deutsch-israelischen Beziehungen gesprochen werden musste.

Prosor – sichtlich entspannt und gelassen – bestritt auch nicht „Fehler“ Israels und geriet auch nicht aus der Fassung, als der einzige Störer des Abends, ein junger Mann, aufsprang und „40.000 Palestinians“ brüllte – also dass Israel 40.000 Pa-

lästinenser umgebracht habe. Prosor blieb ruhig und fragte den Störer, ob er überhaupt verstanden habe, was er im Vortrag gesagt habe. Der Botschafter hatte darauf verwiesen,



Israels Botschafter Ron Prosor bei seiner Rede an der Universität Potsdam.

FOTO: ALINA SCHMIDT

dass Israel Gaza schon 2005 verlassen und alle Siedlungen geräumt habe – mit dem Ergebnis, dass die Hamas statt ziviler Infrastruktur ein Terrorzentrum aufgebaut habe, das Israel mit Raketen angriff und am 7. Oktober 2023 ein Massaker unter der israelischen Bevölkerung angerichtet habe.

„Israel muss seine Bevölkerung verteidigen“, sagte Prosor. Das Recht zur Selbstverteidigung werde dem Staat auch zugesprochen. Doch mache er davon Gebrauch, werde er wieder scharf kritisiert. Die toten Zivilisten verbuchte Prosor unter Kollateralschäden, die verglichen mit sonstigen kriegerischen Aktivitäten gering seien. Was solle die Armee tun, wenn sich die Hamas hinter ihrer Bevölkerung verschanze und Krankenhäuser sich als bersendende Waffenlager entpuppten? Auch die jüngste Katastrophe in

dem Flüchtlingslager führte Prosor auf die Explosion eines heimlichen Waffenlagers zurück.

Es gehöre zum Ziel der Hamas, Israel und die Juden zu vernichten, rechtfertigte Prosor das Vorgehen der Armee. „Mit der Hamas kann es keinen Frieden geben.“ Hamas habe immer wieder deutlich gemacht, dass es Israel und die Juden selbst vernichten wolle. „Diese Ideologie ist plötzlich in Deutschland salonfähig geworden“, sagte er.

Ein junger Mann fragte nach der Verhältnismäßigkeit von geschätzt 35.000 toten Palästinensern gegenüber 1400 ermordeten und 400 entführten Israelis. „Was ist verhältnismäßig?“, fragte Prosor zurück. Wenn man willkürlich 364 musikhörende Palästinenser ausgesucht und getötet und 400 Frauen vergewaltigt hätte? „Sie sehen, dass das keine gute Idee ist.“

### GESCHÄFTLICHE EMPFEHLUNGEN

**Dachdecker hat Termine**  
frei für Arbeiten aller Art, auch Flachdach.  
☎ 0157/71690345

### Für Sie geöffnet: Der MAZ E-Shop

Schauen Sie doch mal vorbei!

► MAZ-online.de/shop



MAZ E-Shop

Märkische Allgemeine